

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte DI Elisabeth OLISCHAR, Mag. Manfred JURACZKA und Dr. Fritz AICHINGER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 24.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Generaldebatte)

betreffend Veröffentlichung aller mit Steuergeldern finanzierter Studien

Die Stadt Wien bzw. die Magistratsdirektion und die einzelnen amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte und deren Ressorts – aber auch Einrichtungen und Unternehmen im ausschließlichen Einflussbereich bzw. Eigentum der Gemeinde Wien (ausgegliederte Kapitalgesellschaften, bezuschusste und subventionierte Fonds und Vereine, etc.) – ziehen immer wieder externe Beraterinnen und Berater bzw. einschlägige Unternehmen und Agenturen im Rahmen ihres Tagesgeschäfts heran. Auch werden seitens der Stadt Wien laufend Studien und Expertisen in Auftrag gegeben.

Obwohl sich die Stadtregierung in ihrem Regierungsprogramm explizit zur Transparenz bekennt und in diesem Bereich auch eine Vorreiterrolle spielen möchte, wird aber ein Großteil der von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen Studien nicht veröffentlicht. Beispielhaft erwähnt seien hier zwei Gutachten der Firma Enviro-chem für den KAV, die das Lüftungssystem und die Raumluft in der Rudolfstiftung betreffen und auf eine Gefährdung durch Asbest hinweisen. Trotzdem verweigerte der KAV die Veröffentlichung, weil es dafür weder eine Notwendigkeit noch Verpflichtung gibt. Der Status quo sei "unbedenklich" und eine "Veröffentlichung" würde daher "nur unnötige Unruhe verursachen" (vgl. News, 28. September 2018).

Es ist nicht einzusehen, warum Studien, die mit Steuermitteln finanziert werden, nicht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, sämtliche von öffentlichen Stellen der Stadt Wien finanzierte Studien im Geltungsbereich des Wiener Informationsweiterverwendungsgesetzes in Zukunft verpflichtend zu veröffentlichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24.06.2019

Blindung
Ch. Jurek
[Signature]